

Liebe Antifaschistinnen und Antifaschisten,

der 15. September ist eine Gedenkveranstaltung und so will ich hier zunächst den ermordeten Widerstandskämpfer*innen der Lechleitergruppe und auch allen anderen tapferen Frauen und Männern meinen Respekt zollen, die für ihren Glauben an und ihren Kampf für eine friedliche und vom Hass befreite Welt und für eine gerechte, diskriminierungsfreie Gesellschaft ihr Leben verloren haben.

Ihr Andenken ist das Fundament auf dem wir, die nachfolgenden Generationen, unseren Widerstand gegen Faschismus, Rassismus und Menschenfeindlichkeit errichtet haben und es ist an uns dafür Sorge zu tragen, dass das Fundament und alles, was darauf begründet ist, stabil und haltbar ist.

Die Männer und Frauen des Widerstandes gegen Hitler einte die Gewissheit, dass sie nicht in einer faschistischen Diktatur leben und auch andere Menschen vor den Grausamkeiten des Regimes schützen wollten.

Denn die Instrumente des Nazi-Regimes waren Hass, Menschenverachtung, Gewaltverherrlichung und Ausgrenzung. So hatten Hitler und die Nationalsozialisten die Macht brutal an sich gerissen und so sicherten sie diese Macht noch brutaler ab.

Widerstand bedeutete das Eintreten für Menschlichkeit und all die Grundwerte, die wir seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland bis heute genießen und von denen wir profitieren dürfen. Denn sie fußen auf den Erfahrungen der Diktatur und sind der Versuch, einen explizit anderen Weg zu beschreiten.

Gedenken ist aber kein Selbstzweck, sondern es ist immer auch die Beschäftigung mit dem Hier und Jetzt.

Und da müssen wir im September 2023 feststellen, dass die Werte, die wir nach den Erfahrungen der Diktatur zur Grundlage unseres Zusammenlebens gemacht haben, wieder in Gefahr sind.

Zur Illustration erinnere ich an Folgendes:

Die Erhebung des Meinungsforschungsinstituts Infratest / dimap zum 31. August 2023 ergibt, dass die CDU/CSU gemeinsam mit der AfD derzeit mit 51 Prozent der Stimmen eine absolute Mehrheit im Deutschen Bundestag erreichen würden.

Zieht man die Ergebnisse anderer Institute heran, so sieht es ein kleines bisschen weniger düster aus, denn dann kommen CDU/CSU und AfD gemeinsam nur auf Prozentwerte zwischen 45 und

48, bilden zusammen aber in jedem Fall die größte potenzielle Koalition.

Die AfD ist eine rechtsnationale, faschistoide Partei und zahlreiche ihrer führenden Köpfe sind Rechtsextremisten. Dennoch ist sie wieder salonfähig geworden.

Zwei Fragen ergeben sich im Anschluss an diese Feststellung für mich:

- 1) Was hat die AfD getan, um einen Stimmenanteil zwischen 18 und 22 Prozent (je nach Umfrage) zu bekommen?
- 2) Wie wird sich die CDU/CSU wie werden sich der reichste Mittelschichtsangehörige mit Privatflugzeug – Friedrich Merz – und der bayerische Ministerpräsident Markus Söder, dessen aktueller Vize Aiwanger ja über jeden Verdacht rechtsextrem zu sein erhaben ist, angesichts dieser Umfragewerte verhalten?

Zu erstens: Nicht die AfD ist schuld an ihrem Topergebnis. Und es wäre auch zu einfach, der Ampelkoalition allein die Schuld dafür zu geben. Da läuft längst nicht alles rund, aber den wirklichen Wirbel macht die Opposition aus CDU und CSU und zwar mit ähnlichen Mitteln, wie die AfD.

Um die Interessen der Menschen geht es dabei allzu oft nicht. Die Agenda ist bestimmt von dem Kalkül, was den politischen Gegner am schnellsten zerstören kann.

Kinkerlitzchen werden in den Vordergrund gezerrt. Der Blick für das Große und Ganze interessiert nicht und am Ende geben sich Regierungskoalition und CDU/CSU-Opposition gegenseitig die Schuld dafür, dass die AfD wächst.

Die steht lachend am Spielfeldrand und müsste gar nix mehr machen. Aber sie macht natürlich was. Sie verschiebt die Debatte immer weiter nach rechts.

Sie hetzt gegen alles und jeden, der / die nicht ihre Meinung teilt und schafft es, jegliches politisch zu lösende Problem, auf einen einfachen Nenner zu bringen:

DIE sind schuld! Die, das sind dann im Normalfall Migranten. Wahlweise aber auch mal andere gesellschaftliche Gruppen wie LGBTQI+ und wenn ihnen gar nix mehr einfällt, dann alle links-grün versifften Gutmenschen im Allgemeinen.

In Zeiten von social media ist es so leicht geworden, Hetze, Hass und Fakenews zu verbreiten und damit auf eine geneigte Zuhörerschaft zu treffen, dass in mir manchmal der Wunsch entsteht, diesen ganzen Mist zu verbieten.

Aber wir wissen, dass auch viel Gutes erwächst, wenn Menschen sich in den Freiräumen, die das Internet bietet, organisieren. Man würde also das Kind mit dem Bade ausschütten.

Stattdessen glaube ich, müssen wir unsere eigene Widerspruchsfähigkeit als Antifaschistinnen und Antifaschisten im Internet, in den sozialen Medien, in den Foren von tagesschau, Spiegel online und unseren Tageszeitungen stärken.

Wir müssen dafür sorgen, dass kein rechter Kommentar, keine Hetze unwidersprochen bleibt, egal wann, egal wo.

Und wir müssen dafür sorgen, dass diejenigen, die den Hass der Rechten auf sich gezogen haben, von uns und vom Rechtsstaat effektiv geschützt werden.

Gesellschaftliche Diskurse werden – ob wir das wollen oder nicht – heute in der digitalen Welt geführt und vor allem werden sie dort gewonnen oder verloren.

Das verpflichtet uns alle, unsere Skepsis gegenüber diesen Datenkraken von Alphabet, Meta (das sind die Mutterkonzerne von Google und Facebook) ein wenig beiseite zu schieben und

mehr unserer Zeit darin zu investieren, den Widerspruch dort zu organisieren, wo er dringend nötig ist!

Doch zurück zum Ausgangspunkt: Meine zweite Frage war, wie die CDU/CSU und deren Vorsitzende mit den Umfrageergebnissen umgehen und ob sie bereit sind, mit einer offen rechtsextremen Partei nicht nur Gespräche zu führen, wie Natascha Koch für die FAZ am 3.9. berichtete, sondern auch den nächsten Schritt zu gehen und mit ihnen eine gemeinsame Agenda für eine Koalition zu entwerfen.

Meine Befürchtung ist, dass dieser Schritt nur noch eine Frage der Zeit ist. Für Machtgewinn und Machterhalt dürfte den Herren Merz und Söder nichts heilig sein!

Und auch für diesen Fall müssen wir als Antifaschist*innen gerüstet sein. Was können wir bis dahin tun, um zu verhindern, dass es überhaupt dazu kommt? Und wenn es dazu kommt, was ist dann zu tun?

Vielen mag der Gedanke noch fremd erscheinen, dass die CDU/CSU mit der AfD in eine Koalition geht, aber wir erinnern uns, dass sich in Thüringen wenige Wochen vor Ausbruch der

Corona-Pandemie ein FDP-Politiker mit den Stimmen der AfD zum Ministerpräsidenten wählen ließ.

Auch wenn er dieses Amt nur für knapp einen Monat bekleidete, so zeigt es doch, dass die angebliche Brandmauer gegen Rechts längst eingerissen und anschließend nur mühsam und mit viel Flickschusterei wieder aufgebaut wurde!

Stabil dürfte sie seither nicht mehr sein.

Und als Gegenentwurf zu dieser düsteren Aussicht will ich Euch einen Gedanken vorstellen, der meine Arbeit beim DGB schon lange begleitet:

Als Vertreter der DGB-Gewerkschaften habe ich eine einfache Sicht darauf, wie wir dem rechten Spuk begegnen müssen. Die AfD ist eine zutiefst unsoziale Partei, die allein die Interessen einer kleinen, wohlhabenden Elite vertritt.

Durch ihre Aussagen wird dies jedoch kaum kenntlich und sie spricht immer wieder auch Menschen an, die zum Kernklientel der Gewerkschaften zählen müssten.

Menschen, die abhängig beschäftigt sind und durch die Multikrisen der vergangenen Jahre zunehmend in Bedrängnis geraten sind.

Menschen, deren Zukunft durch die Umbrüche in der Arbeitswelt gefährdet ist. Menschen, die durch die Raster unserer Sozialsysteme gefallen und von Armut bedroht sind.

Für sie bieten Gewerkschaften die bessere Antworten, aber unsere Marketingabteilung schwächelt. Da müssen wir noch eine riesige Schippe drauflegen - soziale Medien sind, wie ich ausführte, da ein wichtiger Teil davon.

Und auch die demokratischen Parteien müssen verstehen, dass Menschen, die in ständiger Sorge leben, vor allem eines brauchen: Eine Politik, die Sicherheit gibt.

Und es sind eben längst auch die Facharbeiter*innen und Beschäftigten des öffentlichen Dienstes, die sich Sorgen darum machen, wie es in Zukunft beruflich und damit auch finanziell weitergehen wird.

Sie benötigen die Sicherheit, nicht aus der Mitte der Gesellschaft direkt in einen Abgrund zu stürzen, wenn die Transformation der Arbeitswelt sie den Arbeitsplatz kostet,

Aber da gehört es leider zu den wiederkehrenden Wahrheiten, dass zwar immer genug Geld da ist...für die Banken, für die Rüstungsindustrie, für Investmentunternehmen und

Aktienkonzerne (Stichwort: Aktienrente) und für viele andere mehr.

Aber nicht für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, nicht für Rentnerinnen und Rentner. Und jetzt verhindert die FDP auch noch den schnellen Beschluss zur Kindergrundsicherung.

Es muss deshalb Schluss sein mit einer Politik, die die Reichen immer Reicher und die Mittelschicht ärmer und ohnmächtiger macht!

Aus meiner Sicht ist das zwar keine Entschuldigung, rechts zu wählen. Dennoch bin ich zutiefst davon überzeugt, dass wir kein Problem mit Rechtsextremismus hätten, wenn wir eine sozialere Politik machen würden, wenn jeder Mensch in Würde leben und sich am Gesellschaftlichen Miteinander beteiligen könnte.

Wenn die normalen Menschen das Gefühl hätten, **sie** stünden an erster Stelle, hätten sie keine Notwendigkeit, andere herabzusetzen und die Feindbilder rechtsextremer Parteien zu übernehmen!

Und deshalb bleibt mir nur ein Fazit: Wer soziale Politik verhindert; wer die Zukunft der Menschen aufs Spiel setzt, der wird zum Steigbügelhalter rechter Populisten und Extremisten.

Und deshalb liebe Kolleginnen und Kollegen, ist eine soziale Politik immer auch eine antifaschistische Politik und es ist an uns, dafür zu sorgen, dass wir diese soziale Politik bekommen!

Lasst mich zum Abschluss deshalb noch eines ergänzen:

Seit der Corona-Pandemie und all den Krisen, die unsere Gesellschaft seither beuteln, sind die Gewerkschaften stärker denn je beansprucht. Deshalb schaffen wir es mit den begrenzten Ressourcen, die uns zur Verfügung stehen nicht immer, alles abzudecken, was wichtig ist. Das bedeutet aber nicht, dass wir das Interesse verloren haben oder das Thema für vernachlässigbar halten.

Also, um es ganz deutlich zu sagen: Wir brauchen auch weiterhin das Bündnis Mannheim gegen Rechts. Der DGB wird sich im Rahmen seiner Möglichkeiten an der Neuaufstellung beteiligen und auch künftig die Arbeit des Bündnisses mit allen Kräften unterstützen!